



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

40. JAHRGANG

JUNI 1988

NUMMER 2

März 1938 und die Folgen

Zahlreiche Gedenk- und Bedenkenveranstaltungen sowie Gedenkreiden befielen sich in den ersten Monaten des Jahres 1988 mit den verhängnisvollen Tagen des März 1938. Besonders eindrucksvoll und dem Anlaß angemessen verliefen am 11. März 1988 der Gedenktakt in der Säulenhalle des Parlaments mit der anschließenden Entfaltung einer Gedenktafel für die NS-Opfer unter den NR-Abgeordneten und Bundesräten und dann die Gedenkstunde der Bundesregierung im Zeremoniensaal der Wiener Hofburg. Vizekanzler Dr. MÖCK wies in seiner Gedenkrede darauf hin, daß dies eine Stunde der nationalen Besinnung, eine Stunde des Schmerzes und auch eine Stunde der Hoffnung und Zuversicht sei. Zu dieser Stunde des Schmerzes führte er aus: „Vor den Opfern der nationalsozialistischen Unterdrückung verneigen wir uns in Trauer, Respekt und Dankbarkeit: 95.000 Österreicherinnen und Österreicher, darunter in einer ungeheuren Verbrechensschleife 65.000 jüdische Mitbürger, fanden in den Gestapo-Gefängnissen und Konzentrationslagern, an den Galgen und auf den Schafotischen das Hitler-Regimes den Tod. 2700 wurden als Widerstandskämpfer hingerichtet. Auch die 247.000 Gefallenen und Vermissten Soldaten aus Österreich und die über 24.000 Bomberopfer in der Zivilbevölkerung klagen die Urheber des verbrecherischen Krieges an, ebenso wie die Millionen Flüchtlinge, die das Kriegsende zur Folge hatte.“

Auch in den einzelnen Bundesländern wurden von den Landesregierungen und von zahlreichen Verbänden und Institutionen besinnliche Gedenkver-

anstaltungen abgehalten, in denen auch die etwa 400.000 von 1938 bis 1945 unter dem NS-Regime umgekommenen Österreicher ein Gedenken gewidmet wurde. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten ausführlich über diese Gedenkstunden und brachten auch eigene Produktionen heraus. Rückblicke auf die Verhältnisse, innenpolitischen Spannungen und Krisen von „Österreich I“ waren jedoch nicht zu vermeiden, bedürfen aber vor allem einer objektiven und kritischen Untersuchung einiger bisheriger Tabus und verdrängter Fakten.

Das Gedenken an die Ereignisse von 1938 wird auch noch im Herbst 1988 Anlaß zu besonderen Großveranstaltungen sein. Die Demonstration der katholischen Jugend von Wien am 7. Oktober 1938 und insbesondere die

ACHTUNG! URLAUBSSPERRE!

Das Sekretariat der Bundesleitung und des Landesverbandes Wien in Wien 8, Laudongasse 16, ist

**von Montag, 4. Juli 1988,
bis einschließlich
Montag, 5. September
1988,**

geschlossen.
Dringende Anfragen bitten wir **schriftlich** an das Sekretariat zu richten. **Journalisten:** jeden Mittwoch 10 bis 12 Uhr.

„Reichskristallnacht“ vom 9. zum 10. November 1938 bedürfen noch ihrer Aufzeigung, der Würdigung des Opferganges vieler Mitbürger und der Rettung der Fakten vor dem Vergessenwerden!
-JW-

Ehrengaben

1.1. Für die bereits im letzten FREIHEITSKÄMPFER (Nr. 1/März 1988) angekündigten Ehrengaben anlässlich der 50. Wiederkehr des Jahrestages der Besetzung Österreichs wurden nun die gesetzlichen Voraussetzungen durch das Bundesgesetz vom 23. 3. 1988, BGBl. 197 (Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz), geschaffen, so daß mit der Anweisung der Beträge begonnen werden kann. Dieses Gesetz behandelt im Abschnitt I (§§ 1 und 2) die Ehrengaben, im Abschnitt II (§§ 3-11) den Hilfsfonds und ent-

hält im Abschnitt V eine Novelle zum Opferfürsorgegesetz (OPFG). Der Hilfsfonds wurde für aus dem im Gesetz genannten Gründen seinerzeit ins Ausland emigrierte und dort wohlhabende bedürftige Personen geschaffen, die nicht mehr die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, diese jedoch seinerzeit besessen haben oder wenigstens zehn Jahre ununterbrochen in Österreich ihren Wohnsitz gehabt haben.

1.3. Die Novelle zum OPFG betrifft vor allem Zigeuner aus den Stämmen Roma und Sinti, die seinerzeit in

den Lagern Lackenbach und Maxglan waren. Sie können nunmehr unter bestimmten Voraussetzungen auch die Amtsbescheinigung erhalten.

2. Ehrengaben werden gemäß § 1 fünf verschiedenen Personengruppen in verschiedenen Höhen gewährt, und zwar erhalten:
 - 2.1. Inhaber eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs § 5000,-
 - 2.2. Bezieher einer Opferrente oder Unterhaltsrente nach dem OFG § 4000,-
 - 2.3. Bezieher einer Hinterbliebenen- oder Unterhaltsrente nach dem OFG § 3500,-
 - 2.4. Inhaber einer Amtsbescheinigung nach dem OFG § 3500,-
 - 2.5. Inhaber eines Opferausweises nach dem OFG § 2500,-
3. Ehrengaben können nur Personen erhalten, die
 - 3.1. am 31. 12. 1987 die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt haben und
 - 3.2. zum Zeitpunkt der Auszahlung noch leben.
- 3.3. Bestehen aus verschiedenen Titeln (z. B. Ehrenzeichen und Amtsbescheinigung) Ansprüche auf Ehrengaben, kann nur die jeweils höchste Ehrengabe gewährt werden.
- 4.1. Bei den unter den Punkten 2.2. und 2.3. genannten Personen sind der Behörde sowohl die Anschrift als auch die Stelle, an die das Geld überwiesen wird, durch die Rentenüberweisungen bekannt. Diesen Personen wird ehedem die Ehrengabe auf das bekannte Konto überwiesen.
- 4.2. Von den unter Punkt 2.1. genannten Personen ist dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zwar die Anschrift bekannt, nicht aber die Stelle, an die das Geld überwiesen werden soll. Diese Personen werden vom BMAS ebenfalls ehedem ein Schreiben erhalten, in dem sie ersucht werden, bekanntzugeben, wohin das Geld überwiesen werden soll oder ob sie auf die Überweisung verzichten (siehe Punkt 5.3.).
- 4.3.1. Die unter den Punkten 2.4. und 2.5. genannten Personen sind der Behörde nicht einmal namentlich bekannt. Diese Personen haben daher mittels eines Formulars bei dem für sie zuständigen Landeshauptmann (Amt der Landesregierung) spätestens bis 31. Dezember 1988 einen Antrag auf Auszahlung der Ehrengabe zu stellen (§ 2 Abs. 2).

4.3.2. Diese Formulare sind bei den jeweiligen Ämtern der Landesregierung und auch bei unserer Bundesleitung erhältlich. Bitte nur Originalformulare verwenden!

4.3.3. Auf diesen Formularen sind nur die Fragen auf Seite 1 zu beantworten. Dann sind die Formulare an die jeweiligen Ämter der Landesregierung weiterzusenden.

4.4. Die Auszahlung der Ehrengaben an die unter den Punkten 4.2. und 4.3. genannten Personen erfolgt so rasch wie möglich nach Einlangen der ausgefüllten Formulare beim BMAS.

5.1. Die Auszahlung der Ehrengabe erfolgt nur an die berechnete Person (§ 1 Abs. 2) bzw. auf Konten, über die sie verfügungsberechtigt ist.

5.2.1. Eine Überweisung an andere Personen oder Einrichtungen durch die auszuhaltende Stelle ist nicht möglich.

5.2.2. Will ein Anspruchsberechtigter seine Ehrengabe irgendeiner

Institution oder unserem Verband zukommen lassen, hat er die Überweisung der Ehrengabe an sich zu verlangen und das weitere selbst zu veranlassen.

5.3. Ein Verzicht auf die Auszahlung der Ehrengabe ist möglich. Dann fällt der Betrag dem unter 1.2. genannten Hilfsfonds zu.

6.1. Die Ehrengaben unterliegen nicht der Einkommensteuer (§ 12 Abs. 1).

6.2. Alle diesbezüglichen Eingaben sind abgaben- und gebührenfrei (§ 12 Abs. 2).

7.1. Bestehen bezüglich des Anspruchs auf Ehrengaben Unklarheiten, wende man sich an die Ämter der Landesregierungen oder auch an unsere Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, 1080 Wien, Laudongasse 16, (sammendlich erreichbar unter 02 22) 43 11 44.

7.2. Tauchen Fragen bezüglich der Punkte 1.2. und 1.3. auf, wende man sich an unsere Bundesleitung oder an das BMAS.

Franz Hauf

Was vor 50 Jahren war

Ein halbes Jahrhundert ist seit dem Einmarsch deutscher Truppen in unser Land verstrichen, und es ist für uns verpflichtend, gerade jetzt im Gedenkjahr 1988 Rückschau zu halten.

Weder der damalige Bundespräsident Miklas noch der Bundeskanzler Schuschnigg oder das österreichische Bundesheer konnten die Okkupation ohne Blutvergießen verhindern. Für viele Österreicher war dieser Einmarsch unter der „glorreichen“ Führung Adolf Hitlers nicht nur ein Erlebnis, sondern ein Faktum.

Wir dürfen nicht vergessen, daß in den dreißiger Jahren eine gigantische Arbeitslosigkeit war und viele Österreicher eine Art Befreiung aus Not und Elend durch den Einmarsch und Besetzung erhofften. In vieler Munde war damals der Slogan, man werde die Ostmark in einen blühenden Garten verwandeln und den Arbeitslosen Arbeit und Brot geben.

Man steckte die Österreicher in Uniformen und bereitete sie für neue Angriffskriege vor, während der übrige Teil unserer Bevölkerung, nicht nur Juden, sondern auch solche, die in das NS-Regime nicht paßten, schwach oder krank waren, in die Vernichtungslager (KZ) abgeschoben, vergast oder verbrannt wurden.

Nur wenige konnten 1945 nach der

Befreiung durch die Alliierten die Städte des Grauens verlassen, und es blieb den Überlebenden vorbehalten, in einer Dokumentation über die Greueltaten, die sie miterleben mußten, eindrucksvoll zu berichten.

Diese erschütternden Erlebnisberichte über die Schrecknisse im KZ sollen nicht nur der Nachwelt erhalten bleiben, sondern sollen gerade heute nach einem halben Jahrhundert des Geschehens in unserer Erinnerung wachgehalten werden, um der Jugend ein objektives Bild zu vermitteln und nicht in den Bereich der Nostalgie oder des Vergessens abgeschoben werden.

Nach der Einnahme Österreichs ging es weiter mit der Besetzung der Tschechoslowakei, dann folgte der Krieg mit Polen, Frankreich und zum Schluß mit der Sowjetunion; getreu dem Motto: Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!

Die Großmächte, mit Ausnahme Mussolins Italien, das ein Verbündeter Deutschlands war, haben uns nicht geholfen, obwohl sie durchaus in der Lage gewesen wären, durch harte Maßnahmen (Kriegserklärung) gegen Hitlerdeutschland vorzugehen und damit Hilfe für unser bedrängtes Land leisten hätten können. Vor allem die Ver-

einigen Staaten von Amerika sowie die Sowjetunion und auch Großbritannien, obwohl sie die prekäre Situation Österreichs erkennen mußten und sie auch kannten, daß nach Österreich auch andere Länder mit Krieg zu rechnen hätten, haben sie abgewartet und gezögert; sie waren blind und taub. Warum? Es bestand zwischen den Großmächten keine Einigkeit für eine entsprechende Demarche, die die Möglichkeit geboten hätte, diesen wahnsinnigen Krieg zu verhindern oder zu beenden. Durch ernsthaftes Zusammenhalten aller beteiligten Staaten, auch jener, die mit einem Überfall

deutscher Truppen auf ihr Hoheitsgebiet rechnen mußten, wäre ein Bollwerk geschaffen worden, welches schon zu Beginn des Krieges eine Schranke gesetzt hätte.

Dies wurde versäumt, weil die diplomatische und politische Vernunft der betreffenden Staaten das wirkliche Drama, das sich nun abspielte, nicht erfassen konnten oder wollten.

Erst nach Ablauf dieser Schicksalsjahre haben die Staatsmänner erkannt, daß es auch andere Möglichkeiten gegeben hätte, sich gegen die nationalsozialistische Regie-

rung zu stellen, auch durch eine Kriegserklärung.

Bereits am Ende des Krieges bestand eine Einigkeit, und zwar auf der Konferenz von Jalta wegen der Aufteilung der eroberten Gebiete.

Zum Schluß die Frage: Warum nicht schon am Anfang des Krieges eine Konferenz der Alliierten einzuberufen, um die Pläne des Diktators zu nichte zu machen? Es wäre uns vieles erspart geblieben, nicht nur Österreich, sondern allen betroffenen Ländern, die durch den Krieg zerstört wurden und Opfer in millionenfacher Höhe hinnehmen mußten.

Gedenkmesse am 12. 3. 1988

Anläßlich der 50. Wiederkehr des Tages, an dem Österreich von den Truppen des nationalsozialistischen Deutschland besetzt worden ist, veranstaltete die ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten am 12. März 1988 um 10 Uhr in Wien 9, Volkikirche, einen Gottesdienst, geleitet von Sr. Exz. dem Militärbischof Dr. Alfred Kostelecky in Konzelebration mit dem Generalvikar Leban, Msgr. Dr. Schultes und unserem Kameraden Kons.-Rat Pfarrer Strobl.

An diesem Gottesdienst nahmen über 800 Personen teil, darunter die Bundesminister Dr. Lichal und Prof. Dr. Tuppy, unser Ehrenobmann Vizekanzler a. D. Dr. Bock, Armeekommandant General Philipp und hohe Offiziere des Bundesheeres in Uniform. Seitens der Österreichischen Volkspartei erschienen Hauptgeschäftsführer Dr. Marboe, der 2. Präsident des Wiener Landtags, Prof. Dr. Weiler, sowie zahlreiche Mandatäre. Der Herr Bundespräsident, die 2. Präsidentin des Nationalrates, Dr. Hubinek, Vizekanzler Dr. Mock sowie andere uns nahestehende Bundesminister, der Vorsitzende des Bundesrates, Prof. Dr. Schrambeck, Landeshauptmann Mag. Ludwig, Landesparteiobmann StR. Dr. Busek sowie zahlreiche andere uns nahestehenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ließen sich entschuldigen, da sie an dem zur selben Zeit stattfindenden Begräbnis des verstorbenen uns nahestehenden Vorsitzenden der Volksanwaltschaft Dr. Franz Bauer am Wiener Zentralfriedhof teilgenommen haben.

Die Lesung und von unseren Kameraden verfaßte Fürbitten wurden von unseren Kameradinnen und Kameraden vorgetragen. Bischof Dr. Kostelecky gedachte in seiner Predigt der Opfer der Ereignisse des März 1938, aller für unser Vaterland Österreich in den Konzentrations- und Vernichtungslagern oder in Gefängnissen Umgekommenen oder Hingerichteten sowie all jener, die infolge der Ereignisse des März 1938 in einem Krieg, der nicht der ihre war, gefallen oder in der Heimat durch Bomben der Kriegshandlungen umgekommen sind, sowie all jener, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Sie alle mögen uns mahnen, daß uns bei all unserem politischen Tun die Liebe zu unserer Heimat Österreich leite.

Am Schluß des Gottesdienstes zogen die Geistlichkeit und die Ehrengäste zu dem im linken Seitenschiff von der ÖVP-Kameradschaft gestifteten Fenster für die Opfer des Nationalsozialismus, darstellend die Todesstiege von Mauthausen, um hier mit Gebet und den Klängen des „Guten Kameraden“ nochmals aller Opfer zu gedenken. Mit der Bundeshymne endete der Gottesdienst.

Wir danken allen, die zum Zustandekommen dieser würdigen Feier beigetragen oder an ihr teilgenommen haben.

Dr. Hubert Jurasek

Einzig und allein

Kranken-, Lebens-, Unfall-,

bei dieser

Kreditresschuld-,

österreichischen

Betriebsunterbrechungs- und Reise-

Personenversicherung

versicherung. Wir informieren Sie gerne über das

können Sie eine

neue Versicherungspaket, das wir

Pflegekosten-

speziell für unsere Ärzte

versicherung

geschürt haben.

abschließen.

Collegialität Versicherung

auf Gegenseitigkeit

Hauptverwaltung

1010 Wien,

Lichtenfelsgasse 7

Öffnungszeiten:

Mo bis Do

8-16 Uhr,

Fr 8-13 Uhr,

Tel. 0222/431641-0



Collegialität

Besser können Sie nicht versichert sein.

Oberösterreich:

Enthüllung eines Mahnmals zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus in Linz-Urfahr



Auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände Oö. und dem tatkräftigen Einsatz deren Vertreter konnte in Linz ein würdiges Denkmal errichtet werden.

In einem feierlichen Rahmen fand am 12. März 1988 um 10.30 Uhr am Bernaschekplatz in Linz-Urfahr in Anwesenheit des Diözesanbischofs Sr. Exzellenz Maximilian Aichern, des Superintendenten Mag. Herwig Karzel, des Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde, Dipl.-Ing. George Wozasek, des Bürgermeisters der Stadt Linz, Dr. Franz Dobusch, und des Landeshauptmann-Stellvertreters Gerhard Possart als offizieller Vertreter des Landes Oberösterreich, die Enthüllung des Mahnmals statt.

Die Inschrift lautet:

„DEN OPFERN DES NATIONALSOZIALISMUS, DEN KÄMPFERN FÜR EIN FREIES ÖSTERREICH ZU EHRE, DEN LEBENDEN ZUR MAHNUNG.“

März 1988. Die Opferverbände Nach der Rede des Bürgermeisters Dr. Dobusch, die im Gedenken an die vielen Opfer ausklang, hielt Hofrat Possart in seiner Ansprache einen Rückblick auf die Zeit der Auslöschung unseres Staates, auf die Leiden unzähliger Mitbürger und die Zeit nach dem Wiedererstehen unseres Vaterlandes.

Anschließend erfolgte zum Gedenken

der Opfer eine religiöse Andacht durch die Repräsentanten der Glaubensgemeinschaften.

Die Festansprache hielt Univ.-Professor Dr. Erwin Ringel und endete mit einer Schweigeminute, dann folgte die Kranzniederklegung der verschiedenen Institutionen.

Mit dem Absingen der Landes- und Bundeshymne durch die zahlreichen Teilnehmer, begleitet von der Magistratsmusik, fand diese würdige Feier ihren Abschluß.

Gedenkfeier im Schloß Hartheim, Oö.

in der ehemaligen Euthanasie- und Vergasungsanstalt als Nebentag vom KZ Mauthausen.

Das Renaissance-schloß war ursprünglich im Besitz der Fürsten Starhemberg, diese übergaben es 1899 dem Oö. Wohltätigkeitsverein, der es zum Asyl für geistig Behinderte ausbaute.

Nachdem Hitler 1939 die Euthanasie einführt, wurde das Schloß von den Nazi-Machthabern enteignet und darin eine Gaskammer und ein Krematorium zur Tötung von Geisteskranken errichtet. Hier wurden nicht nur Behinderte, sondern auch politisch und rassistisch Verfolgte durch Giftgas ermordet.

Am 12. März 1988 nachmittags fand eine würdige Gedenkfeier im Arkadenhof des Schlosses mit einem Wortgottesdienst, geleitet von Diözesanbischof Sr. Exzellenz Maximilian Aichern für die vielen Opfer in dieser Tötungsanstalt statt.

Der Obmann des Oö. Wohltätigkeitsvereins, Dipl.-Ing. Anton Strauch, begrüßte eingangs die vielen Ehrengäste und verwies auf die großen Leistungen des Vereins in den nun abgelaufenen 89 Jahren.

Als Vertreter der Opferverbände Oö. nahm der Obmann-Stellvertreter der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Landesgruppe Oö., Oberamtsrat Wilhelm Zimmerbauer, teil. Die Gedenkveranstaltung nahm einen besonders würdigen und eindrucksvollen Verlauf und wurde durch die Musikkapelle Alkofen und den Kinderchor Alkofen musikalisch umrahmt.

Karl Serschan

„Prominententransport“ ins KZ Dachau:

Gedenktafel im Wiener Westbahnhof

Die Lagergemeinschaft Dachau ließ zum Gedenken an den ersten Transport – den sogenannten „Prominententransport“ – von 150 politischen Häftlingen aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938 in der Kassenhalle des Wiener Westbahnhofs eine Tafel anbringen, die anlässlich des 50. Jahrestages dieses Transportes am Donnerstag, dem 17. März 1988, um 17 Uhr enthüllt wurde.

Ansprachen hielten der Obmann der Lagergemeinschaft, Pol.-Rat i. R. Ferdinand BERGER, Vizekanzler a. D. Fritz BOCK und LAbg. a. D. Dr. Ludwig SOSWINSKI. Die Enthüllung der Gedenktafel erfolgte durch Dr. BOCK und Vizebürgermeister Hans MAYR. Die Veranstaltung hatte eine musikalische Umrahmung.

Als besonderer Gast konnte Erzbischof Dr. GROER begrüßt werden. Von den noch lebenden neun Häftlingen dieses ersten Transportes waren sieben anwesend. Weitere Teilnehmer an diesem Gedenktakt waren Vertreter der Stadtverwaltung, die Bezirksverwaltung und Funktionäre der Opferverbände.

Pfarrhof Wien-Gerstthof:

Gedenktafel für Heinrich Maier

Am Karsnachtsabend, dem 2. April 1988, wurde am Pfarrhof Wien-Gerstthof, 18. Bischof-Faber-Platz 7, eine Gedenktafel für den früheren Gerstthofer Kaplan DDr. Heinrich MAIER enthüllt, der als Freiheitskämpfer sein Leben opferte.

Die Inschrift der Tafel lautet: „Kaplan Dr. Heinrich MAIER, geb. 18. Februar 1908, vom Altar weg verhaftet am 28. März 1944, geköpft für Christus und Österreich am 22. März 1945 im Landesgericht Wien.“

Die Enthüllung dieser Gedenktafel erfolgte im Rahmen der Osternachtfeier. Als Dokumentation über den Leidensweg des Kaplans DDr. Heinrich MAIER liegt ein Buchlein von Ernst DEGASPERI auf, das den Titel trägt: „GERSTHOFER AUFERSTEHUNG.“

Karfreitag für Rot-weiß-rot

Karfreitag, den 1. 4. 1988, kam die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten mit dem Bus nach Dachau; waren es doch 50 Jahre, daß der erste Österreicher-Transport dort eingetroffen ist. Vier Kameraden dieses Trans-

porten waren unter uns: Unser Ehrenobmann Vizekanzler a. D. Dr. Bock, Sekt.-Chef i. R. Dr. Puffar, Hofrat i. R. Dr. Paul und als Gast LAbg. i. R. Billes aus dem Burgenland. Weitere fünf noch lebende Teilnehmer des ersten Transportes, wie Dr. Sosnowski, Dr. Matejka, Bundesminister a. D. Olah, Zentr.-Insp. Lehrer und Dr. Pammer bedauerten, wegen Krankheit oder anderer Terminvereinbarungen an der Fahrt nicht teilnehmen zu können.

Bei Nieselregen und kaltem Wind kamen wir in Dachau an und wurden auf dem Appellplatz vom Bürgermeister von Dachau, Englhart, begrüßt. Er schilderte die Probleme, die heute noch der Stadt auf Grund des schlechten Rufes des ehemaligen Konzentrationslagers erwachsen.

In seiner Ansprache wies Kamerad Vizekanzler Dr. Bock darauf hin, daß diesem Transport noch unzählige andere gefolgt sind, für viele tapfere Österreicher hat hier der Leidensweg begonnen. Wir seien es diesen Menschen schuldig, alles zu unternehmen, daß nicht wieder solche Menschenverlecher wie die, die Dachau betrieben haben, an die Macht kommen. Kamerad Kanonikus Steinböck, Stadtpfarrer aus Steyr, der im KZ Dachau mehrere Jahre, bis zum letzten Tag, in Haft war, gedachte all jener, die durch den Nationalsozialismus ihr Leben lassen mußten, aber auch der Schergen. Nach einem gemeinsamen Gebet und der Niederlegung eines Kranzes besichtigten wir das Lager.

Dr. Hubert Jurasek

Gedenktafel für Dr. Hans Zimmerl am Haus Wien 1, Neutorgasse 2

Zum Gedenken an den Freiheitskämpfer und Blutzugehörigen Dr. Hans ZIMMERL wurde am Jahrestag seiner Hingrichtung, am Dienstag, dem 10. Mai 1988, um 10 Uhr am Haus Wien 1, Neutorgasse 2/Ecke Heinrichsgasse und Concordiaplatz, eine Gedenktafel enthüllt, die von der Ersten österreichischen Spar-Casse gewidmet worden war.

Die Inschrift der Tafel lautet: „Im einstigen Wohnhaus Neutorgasse 8 lebte bis 1940 der Freiheitskämpfer Dr. Hans ZIMMERL, der am 10. Mai 1944 als führendes Mitglied der Österreichischen Freiheitsbewegung – Gruppe Scholz unter dem Fallbeil starb.“

Die ERSTE widmete diese Tafel im Jahre 1988 in ehrendem Gedenken an den österreichischen Freiheitskampf 1938–1945.

Gedenkwort sprach WHR i. R. Dr. Herbert CRAMMER für die NS-Opfer und als Mitglied der Gruppe Scholz. Für die Erste österreichische Spar-Casse begrüßte dann Direktor SCHWIMBERSKY die Teilnehmer und wies auf die betonte österreichische Tradition seines Instituts hin. Der Bezirksvorsteher Dr. Richard SCHMITZ, dessen Großvater Bürgermeister Richard SCHMITZ sieben Jahre im KZ des NS-Regimes inhaftiert war, sprach dann einige Worte zum Anlaß und zur Bedeutung für die Gegenwart und nahm die Enthüllung der Gedenktafel vor. Kammerchauspieler Fritz LEHMANN, ein Freiheitskämpfer und Mitkämpfer von Dr. ZIMMERL, trug Zitate aus der Literatur des Freiheitskampfes und der Verfolgung vor. Zum Abschluß

sang ein Schülerchor von der Privatschule Wien 1, Judenplatz 6, die Bundeshymne, wobei auch Teilnehmer miteinstimmten.

An der Veranstaltung nahmen teil: Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BOCK, Bezirksvorsteher Dr. SCHMITZ und Bezirksvorsteher-Stellvertreter STUPACK, zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der Opferverbände, des Anarchisten Kreises, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und Passanten.

Auszug aus der Ansprache von Dr. Crammer:

Diese Gedenktafel soll im besonderen der Erinnerung an einen großen Österreicher dienen, der Erinnerung und Ehrung unseres unvergeßlichen Hans ZIMMERL, der ein glühender Patriot war und als solcher, aber auch in seiner Verantwortung als Christenmensch, zum unerschrockenen Freiheitskämpfer wurde, ja zum vaterländischen Blutzugehörigen!

Dr. Hans ZIMMERL wurde am 1. September 1912 in Wien geboren, am 10. Mai 1944 starb er unter dem Fallbeil im Wiener Straßendesperich. Er war einer der engsten Mitarbeiter von Roman Karl SCHOLZ, dem Augustiner-Chorherrn des Stiftes Klosterneuburg, der bald nach der Okkupation unseres Vaterlandes durch das nationalsozialistische Deutschland eine der ersten bedeutenden Gruppen des Österreichischen Widerstandes gegen die Tyrannei ins Leben gerufen hatte. Die Geschichte und den Untergang dieser „Österreichischen Freiheitsbewegung“ zu schildern, würde jetzt zu

weit führen; nur darauf ist hinzuweisen, daß diese am Sommer 1940 durch infamen Verrat gemeinsam mit zwei anderen Widerstandsgruppen, für die die Namen Dr. Jakob KASTELIC und Dr. Karl LEDERER stehen, zerschlagen wurde und deren aktive Mitglieder in die Kerkern wanderten, hatten sie doch, wie es auf den meisten der fassenden sogenannten Schutzhaftbefehle der Geheimen Staatspolizei, kurz GESTAPO genannt, hieß: „Nach den staatspolizeilichen Feststellungen den Bestand und die Sicherheit des deutschen Volkes und Staates gefährdet, indem sie dringend verdächtig waren, sich für die illegale Österreichische Freiheitsbewegung hochverräterisch zu betätigen.“

Was dann folgte, waren für die Verhafteten lange, harte und entbehrungsreiche Jahre in verschiedenen Gefängnissen in der Heimat, für einen großen Teil auch in solchen des deutschen Rheinlandes. Einige der weniger „Belasteten“ und der Jüngeren wurden noch vor der erst Ende 1943 beginnenden Prozeßserie vor dem Deutschen „Volksgerichtshof“ entlassen, um jedoch zugleich zum deutschen Militär eingezogen zu werden und solcherart auch noch in den furchtbaren Hitlerkrieg zu kommen, in dem dann noch zwei der Unseren, die vorher in Haft waren, fielen ... Die Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof in Wien hatten alle Kennzeichen politischer Schauprozesse an sich, sie brachten demgemäß neben hohen Zuchthausstrafen insgesamt 11 Todesurteile, von denen neun vollstreckt wurden. Unter den zum Tod Verurteilten war auch Hans ZIMMERL.

... Hans ZIMMERL (schritt) zum Schaft und fiel, wie bezeugt ist, ganz zuletzt, das heißt unmittelbar vor dem Sturz des Fallbeiles: „Hoch das freie Österreich!“ Ein Jahr später, nachdem der böse Spuk des Hitlerismus zerstoben war, fanden wir im Anatomischen Institut die Leichen unserer hingerichteten Freunde, auch die Hans ZIMMERLS war darunter ...

Wenngleich in der zeitgeschichtlichen Literatur und speziell in der des österreichischen Widerstandes vielfach erwähnt, soll nun auch in dieser Form an Hans ZIMMERL und damit auch an den Freiheitskampf der Jahre 1938 bis 1945 erinnert werden. Diesen Kampf und Widerstand hat es nämlich sehr wohl von allem Anfang an gegeben. Auch dies soll damit dokumentiert werden. Die ersten Gruppen des Widerstandes, der später im Verlauf des Krieges und bei der sich immer deutlicher abzeichnenden Niederlage Hitlerdeutschlands wuchs und immer wirksamer in Erscheinung trat, können für sich in Anspruch nehmen, unter den

denkbar ungünstigsten Voraussetzungen angetreten zu sein, nämlich zu einer Zeit, in der nicht nur viele im Lande der Propaganda der Nazis erlegen waren, sondern auch die damaligen Großmächte nach dem Fall Österreichs ohne weiteres zur Tagesordnung zurückkehrten, ja, sich mit Hilfe Hitlers an den Verhandlungstisch setzten und ihm weitere Zugeständnisse machten. Die historische Bedeutung dieser Gruppen liegt meines Erachtens nach – unabhängig von dem vergleichsweise noch bescheidenen Wirken und ihrem traurigen Untergang – eben darin, daß sie die ersten waren, die den höchst ungleichen Kampf auf-

nahmen, im übrigen bilden sie und alle, die im Widerstand waren und den Freiheitskampf wagten, vor allem aber die Blutzugenden dieses Kampfes, einen wesentlichen Teil des rechtlichen und moralischen Fundaments, auf dem unsere wiedererstandene Republik errichtet wurde.

... Österreich und seine Freiheit waren es, die uns in den Jahren der Not und des Kampfes, aber auch später noch in den Jahren des Wiederaufbaus Trennendes zurückstellen ließ. Ein Gleiches hat auch jetzt zu gelten, und die Besinnung auf das aus den Trümmern einer bösen Zeit wiedererstandene Österreich in unserem Tun und

Trachten soll Vorrang haben vor allem tagespolitischen Kleingeld. Denn nur so sind die gar nicht geringen Fragen und Probleme von heute und der Zukunft zu bewältigen. Dazu aber soll uns letztlich die Besinnung auf die Vergangenheit helfen!

Gedenktafel in Klosterneuburg für Roman Karl Scholz

Am Mittwoch, dem 11. Mai 1988, um 18.30 Uhr, fand die feierliche Enthüllung und Einweihung einer Gedenktafel in Klosterneuburg, auf dem Roman-Karl-Scholz-Platz/Ecke Franz-Rumpel-Straße, statt.

Eine Musikkapelle spielte zum Beginn die niederösterreichische Landeshymne. Die Gedenkrede hielt dann WHR i. R. Dr. Herbert CRAMER, der selbst als Mitglied der Österreichischen Freiheitsbewegung – Gruppe Scholz dem frühen Widerstand angehörte und deshalb lange vom NS-Regime inhaftiert war. Bürgermeister Dr. SCHUH richtete hierauf Begrüßungsworte an die Teilnehmer der Veranstaltung und würdigte auch den opfervollen Beitrag dieser Gruppe im Freiheitskampf.

Landeshauptmann Siegfried LUDWIG ergriff dann das Wort und schilderte den Lebenslauf von Roman Karl SCHOLZ bis zum Opfertod. Die Enthüllung der Gedenktafel nahmen dann der Landeshauptmann und der Bürgermeister gemeinsam vor. Propst KOBERGER vom Stift Klosterneuburg weihte die Gedenktafel ein und zitierte die letzte Eintragung von Roman Karl SCHOLZ im Brevier: „Fini vitae meae“ (Das Ende meines Lebens). Zum Abschluß spielte die Musikkapelle die Bundeshymne, und die Teilnehmer sangen mit.

Neben den bereits genannten Persönlichkeiten waren noch anwesend: NRBg. HÖCHTL, Labg. BOHM, Geistliche Herren und Vertreter der Stadtverwaltung, Mitglieder der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten und des Annrather Kreises, Dr. ARNBERGER vom DÖW und zahlreiche Farbstudenten und Alte Herren der Amnis im MKV und der Wlfa im ÖCV.

Der Inhalt der Gedenktafel lautet: „ROMAN KARL SCHOLZ SOWIE ALLEN WIDERSTANDSKÄMPFERN, DIE VON 1938–1945 IHR LEBEN EINSETZTEN, ZUM GEDENKEN – UNS ZUR MAHNUNG.“



ÖCV-Gedenken an den März 1938

1. Matinee:

„Widerstand – NS-Opfer als Zeugen“

Am Samstag, 5. März 1988, 10 bis 13 Uhr, im ÖCV-Haus, Wien 8, Lerchenfelder Straße 14, veranstaltet der Vorort des ÖCV-Studienverbandes diese Matinee. Vertreter aus allen politischen Lagern Österreichs berichten von ihrem Kampf für und um ein freies Österreich. Moderator war der Vorortspräsident Josef Alois FIGL, als Zeitzeugen berichteten und diskutierten: OSR Dr. Josefa BREUER, Mag. Dr. Josef WINDISCH, Camillo HEGER, Min.-Rat Mag. Kurt SCHLEIFER sowie Hans LANDAUER und Franz BURDA vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Das einleitende Referat mit dem Titel

und Inhalt „Gemeinsamer Kampf für und um Österreich 1918–1938“ hielt Dr. WINDISCH. Es wird im vollen Umfang in diesem FREIHEITSKÄMPFER wiedergegeben. Etwa 150 Teilnehmer, die sehr interessiert und größtenteils schon gut informiert waren.

2. Ausstellung 1938:

Am Sonntag, 13. März 1988, nachmittags, im ÖCV-Haus, wurden Bildtafeln mit Dokumenten und Unterlagen über katholische Korporierte in Widerstand und Verfolgung in den Jahren 1938–1945 gezeigt.

3. ÖCV-Gedenkstätte:

Am Sonntag, 13. März 1988, um 15 Uhr, im Portikus des ÖCV-Hauses, fand die Enthüllung und Einweihung der ÖCV-Gedenkstätte zu Ehren der

NS-Opfer aus den Reihen des Verbandes statt.

4. „Kurt Schuschnigg“:

Am Sonntag, 13. März 1988, um 16 Uhr, im ÖCV-Haus, fand die Präsentation des Buches von Mag. Anton HOPFGARTNER mit dem Titel „Kurt von Schuschnigg – Ein Staatsmann im Kampf gegen Hitler“ statt. Das Buch ist eine ausgezeichnete Biographie mit 292 Seiten Text und 32 Seiten Bildern, herausgegeben vom Karl von Vogelsang-Institut, zum Ladenpreis von S 250,- erhältlich.

5. Gedenkmesse im Stephansdom:

Am Sonntag, 13. März 1988, 18 Uhr, in St. Stephan, Wien 1, wurde eine feierliche Gedenkmesse zelebriert, an der ca. 4000 Personen teilnahmen. Im Anschluß daran wurde vor dem Dompfortal am „O 5“-Zeichen ein Kranz niedergelegt.

Gemeinsamer Kampf für und um Österreich 1918–1938

Die demokratische Erste Republik Österreich mußte schon bald nach der Ausrufung am 12. November 1918 argen Bedrohungen ihres inneren Friedens abwehren und die Grenzen des Staatsgebietes gegen Aggressoren und Invasoren aus Nachbarstaaten verteidigen und sichern. Die staatliche Exekutive allein war zu schwach und das republikanische Heer – die Volkswehr – durch den schwindenden Konflikt zwischen Monarchisten und Republikanern unzeitig und wenig verlässlich. Parteiarmeen hatten sich im Einvernehmen mit der Regierung aus k. u. k. Armeebeständen Waffen besorgt, um sie auch der Verfügung durch die Siegermächte zu entziehen. Bei den Friedensverhandlungen war die Republik bloß mit Zuhörern vertreten und konnte ihre Interessen im Gegensatz zu den Nachfolgestaaten der Monarchie und gegen Italiens Ansprüche wenig behaupten und durchsetzen.

Die Räterepublik Ungarn unter Bela Kun leistete den Kommunisten in Ost-Österreich beträchtliche finanzielle und materielle Unterstützung, die diesen Putschversuch im Frühjahr 1919 ermöglichten. Am 17. April 1919 stürmten Kommunisten in Wien das Parlament. Dieser Putschversuch konnte von der Polizei mit Hilfe von Teilen der Volkswehr niedergeschlagen werden. Am 15. Juni 1919 unternahmen die Kommunisten in Wien einen neuerlichen Putschversuch. Auch dieser

scheiterte durch die Abwehr der Polizei, unterstützt von sozialdemokratischen Soldateneinheiten, die ein kommunistisches Volkswehr-Battalion im Eingreifen hinderten. 17 Tote waren zu beklagen!

Die Kärntner Grenze mit Jugoslawien war nach dem Ende des Weltkrieges 1918 sehr umstritten. Slowenische Einheiten hatten Grenzgemeinden besetzt und drangen weiter vor. Trotz des Abtrats der Staatsregierung in Wien beschloß die Kärntner Landesregierung den Widerstand gegen die slowenischen Invasoren und führte den Abwehrkampf. Eine amerikanische Studienkommission vermittelte im Jänner 1919 einen lokalen Waffenstillstand, den die Südslawen aber Ende April 1919 brachen und bis Klagenfurt vordrangen und es besetzten. Erst auf Veranlassung durch die Ententeermächte wurde Klagenfurt wieder geräumt. Zu diesem „Kärntner Abwehrkampf“ durch die Exekutive und Heimwehrformationen wurden dann auch noch Wiener Volkswehr-Battalione entsandt, in einem davon diente der Sozialdemokrat und spätere Bundespräsident Franz Jonas.

Die Staatsgrenze mit Ungarn war auch nach dem Zusammenbruch des Räteregimes unsicher. Die Österreich zugehörigen Teile von Komitat Westungarn – das heutige Burgenland – mußten 1921 erst erobert werden. Die Gendarmerie allein reichte hierzu nicht aus und die Volkswehr durfte nicht ein-

gesetzt werden. Sozialistische Arbeiterwehren, die Vorläufer des 1924 gegründeten Republikanischen Schutzbundes, unterstützten die Gendarmerie und die freiwilligen bäuerlich-bürgerlichen Heimwehrverbände im Kampf gegen die ungarischen Truppen und Freischärler.

Das faschistische Italien Mussolinis ließ Anfang 1926 zwei Divisionen Militär an der Brennergrenze aufmarschieren und drohte mit dem Einmarsch zu weiterem Gebietswerb vom Bun-



desland Tirol. Der Tiroler Militärkommandant des österreichischen Bundesheeres erhielt massive Unterstützung durch Standschützenkompanien und Heimwehrverbände zugesichert und erreichte auch durch Verhandlungen die Abstellung von Kontingenten des Republikanischen Schutzbundes von der SDAP. Diese Abwehrebewehrung aller Tiroler neben den üblichen diplomatischen Protesten der Bundesregierung bewirkten, daß Mussolini von der Invasion abgehalten wurde. Im Sommer 1933 – bereits nach der sogenannten „Selbstausschaltung“ des Nationalrates vor genau 55 Jahren und auch nach der behördlich verfügten Auflösung des Schutzbundes im März 1933 – wurde die österreichisch-deutsche Grenze von der „Österreichischen Legion“ der Nationalsozialisten von Bayern her ständig bedroht und heimlich für den Schmuggel von Propaganda- und Terrormaterial benutzt. Dr. Julius Deutsch, einst Staatssekretär für Heerwesen in der Ersten Republik, Führer des sozialdemokratischen Schutzbundes und General im spanischen Bürgerkrieg, traf an der deutschen Grenze den christlich-sozialen Heeresminister Dr. Carl Vaugoin. Deutsch schlug Vaugoin vor, den illegalen Republikanischen Schutzbund aufzulösen und dem Bundesheer zu unterstellen, um den so schwachen Grenzschutz angesichts der „Österreichischen Legion“ in Bayern, die etwa 10.000 Mann stark war, wirksam zu verstärken. Er wies auch darauf hin, daß sich bei früheren Gelegenheiten auch Arbeiterwehren und der Schutzbund an die Seite des Bundesheeres zur Verteidigung des Landes gestellt hatten, wie 1919 in Kärnten, 1921 im Burgenland und 1926 in Tirol! (Siehe die Publikationen von Julius Deutsch: „Ein weiter Weg“, Wien 1962; „Wesen und Wandlung der Diktaturen“, München 1963.)

Für eine gemeinsame Abwehr der NS-Bedrohung innerhalb Österreichs in einem Konsens mit den Sozialdemokraten traten namhafte Christlich-Sozialisten nach 1933 und 1934 ein: Vaugoin, Schmitz, Reither, Kollmann, Schlegel, Stampf, Buresch, Kunschik und am bekanntesten Ernst Karl Winter. In der SDAP setzten sich lange dafür ein: Karl Renner, Ernst Koref, Oskar Helmer und Heinrich Schneidmüller. Diese verantwortungsbewußten demokratischen Politiker der Großparteien wurden damals als „Packler“ bezeichnet. Heute würden sie als „Konsensbereite“ und als „Pragmatiker“ gelten und wären sicherlich sehr nützlich und wertvoll im Sinne des „Grundkonsenses“!

Doch auch Anfang 1938 fanden sich Sozialdemokraten und Freigewerkschafter aus dem Untergrund und aus

der Illegalität im christlichen Ständestaat zum gemeinsamen Kampf mit der VF-Regierung gegen die immanente NS-Gefahr von innen und von Deutschland her bereit. Am 17. Februar 1938 beschloß eine Vertrauensmännerkonferenz der offiziellen Einheitsgewerkschaft eine Unterschriftenaktion gegen die geduldeten NS-Umtriebe und gegen die Amtsführung des Innenministers Dr. Arthur Seif-Inquart. Ca. 1 Million Unterschriften wurden österreichweit geleistet!

Am 3. März 1938 lud Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg ein Arbeiterkomitee unter Friedrich Hilgert zu einer Aussprache ein, in der das Komitee die Unterstützung der Regierung zusagte, aber dafür folgendes annehmbares Forderungsprogramm vorlegte:

1. Bekenntnisfreiheit auch für Sozialisten und Freigewerkschafter.
 2. Freie Wahlen in der Einheitsgewerkschaft.
 3. Zulassung einer freien Gewerkschaftspressen.
 4. Aufhebung der Notverordnungen seit 1934, durch die die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten verschlechtert wurde.
- Am 7. März 1938 hielten diese Vertrauensmänner eine Konferenz mit Betriebsräten im Floridsdorfer Arbeiterheim ab, die teilweise stürmisch verlief, aber doch mit dem Beschluß endete, die Regierung Schuschnigg im Kampf gegen die Nazis zu unterstützen und zur Verteidigung Österreichs

bei einem Einmarsch Hitlers bereit zu sein!

Als Schuschnigg am 9. März 1938 in Innsbruck zur Volksabstimmung in ganz Österreich am 13. März 1938 aufrief, verteilten hierauf die Revolutionären Sozialisten Flugblätter in Massenaufgabe, vor allem in Wien, mit dem Kerntext: „An diesem Tag (13. März 1938) muß daher die gesamte Arbeiterklasse mit „Ja“ stimmen!“ Auch die illegale KPO gab eine Stellungnahme ab und forderte zur bedingungslosen Bejahung der Volksabstimmungsparole auf! Massenkundgebungen der VF und der Arbeiterbewegung fanden allorts in den letzten Tagen vor dem Einmarsch statt, die in Hitler-Deutschlands gleichgeschalteter Presse zu Berichten über angebliche „blutige Kommunistenunruhen in ganz Österreich“ führten und Hitler zur Vorverlegung des militärischen Überfalls als „Unternehmen Otto“ veranlaßten.

Der organisierte gemeinsame und bewaffnete Abwehrkampf für ein freies Österreich unterblieb schließlich auf Schuschniggs Veranlassung im März 1938. Im Untergrund bildete sich jedoch bald der Widerstand gegen Hitler und sein NS-Terrorregime. Dieser Kampf um ein freies Österreich führte auch in verschiedenen Widerstandsgruppen zur Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinaus und verdrängte die weltanschaulichen Gegensätze in der Verbots- und Verfolgungszeit!

-JW-

Gedenkveranstaltung in Eisenstadt

Die im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien kamen überein, am 10. März 1988 um 10 Uhr zur Erinnerung an die Annexion Österreichs durch NS-Deutschland im März 1938 eine Festsetzung des Landtages abzuhalten.

Um 8.30 Uhr fand im vollbesetzten Dom ein Festgottesdienst statt, an dem die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages, Vertreter der Behörden und der Exekutive sowie der politischen Opferverbände teilnahmen. Auch die Bevölkerung und die Oberstufen der Schulen zeigten durch ihre Anwesenheit ihr reges Interesse am historischen Geschehen. Diözesanbischof DDr. Stefan Laszlo feierte in Konzelebration mit vielen Priestern den Gottesdienst und sprach in seiner Predigt über die schicksalhaften Ereignisse vor 50 Jahren.

Anschließend wurden beim Mahmal für die Opfer der NS-Zeit am Landhaus der Kranz der Landesregierung und die Kränze der politischen Opferverbände in würdiger Form niedergelegt. Um 10 Uhr fand die Gedenksetzung

des Landtages statt. Der festlich geschmückte Saal bot ein eindrucksvolles Bild. Auf seinem erhöhten Platz stand der Landtagspräsident, auf der Regierungsbank nahmen alle sieben Mitglieder der Landesregierung Platz. Den Ehrenplatz nahm Diözesanbischof DDr. Stefan Laszlo ein; neben ihm saßen ehemalige Landespolitiker, darunter Bundesminister a. D. Franz Soronics. Hinter den Ehrengästen befanden sich je fünf Vertreter der drei politischen Opferverbände. In den Bänken saßen alle 36 Landtagsabgeordneten. Beide Galerien waren voll von interessierten Mitbürgern.

Das Haydn-Quartett leitete die Festsetzung ein. In einer fulminanten Rede ging Landtagspräsident Dipl.-Ing. Hans Halbritter auf die Geschichte der NS-Herrschaft in Österreich ein und appellierte besonders an die Jugend, wachsam zu sein, damit sich diese Schreckenszeit niemals wiederhole! Mit der Landes- und Bundeshymne wurde der würdevolle Festakt geschlossen.

Anton Sattler i.H.

Kuratoriumssitzung

Am 31. 3. 1988 nachmittag fand im Konferenzsaal des Hotels Pitter in Salzburg eine Kuratoriumssitzung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten statt, bei der wir insbesondere unseren Ehrenobmann Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock mit Gemahlin begrüßen konnten. Bis auf das Bundesland Steiermark waren alle Bundesländer vertreten. Bedingt durch den Rücktritt des 2. Bundesobmann-Stellvertreters OSR SATTLER (Burgenland) war eine Nachwahl erforderlich. Wirkl. Hofrat Dr. Alois KERMER (Niederösterreich) wurde einstimmig zum 2. Bundesobmann-Stellvertreter gewählt, OSR SATTLER wurde der Dank ausgesprochen. Der Bundesobmann berichtete über das Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz. Es folgten die Berichte der einzelnen Bundesländer.

Landesverband Salzburg Gedenken 1938–1988

Am 10. 3. 1988 war im Dom zu Salzburg eine Gedenkmesse abgehalten worden, die der Hw. Erzbischof Karl BERG zelebrierte; anschließend war das Gedenken in der Residenz im Beisein der Mitglieder der Landesregierung, mit Ansprachen des Landes-

hauptmannes und des Historikers HANISCH.

Am 11. 3. 1988 hatte der Bürgermeister von Salzburg, Dipl.-Ing. REISCHEN, eingeladen. Die Ansprache hielt Axel CORTI. Die Veranstaltung hatte eine musikalische Umrahmung. Am 12. 3. 1988 fand in der Franziskaner-Kirche ein Gedenken der Frauen statt. Die hl. Messe zelebrierte Pater Clemens, der Guardian des Ordens. Am 19. 3. 1988 (Josefitag) hatte der Landesverband zu einer Gedenkmesse eingeladen. In der Stadtpfarr St. Andrä las Hw. Priester Franz WESENAUER die hl. Messe. Dieser 84-jährige Pfarrer hielt eine zündende Predigt, hatte er doch vor 50 Jahren in der Sakristei dieser Kirche verbotene Bibelsunden abgehalten, bei der auch unser jetziger Landesobmann Hermann PRODINGER als 14-jähriger dabei war.

Vaterlandstreue Verbände Tirols Gedenken und Kranzniederlegungen

Im Gedenken an die Opfer um die Freiheit Österreichs sowie an die Opfer der Verfolgung durch das NS-Gewaltregime legte die „Arbeitsgemeinschaft vaterlandstreuer Verbände Tirols“ anlässlich des 50. Jahrestages des Einmarsches der Hitlertruppen in Österreich

Kränze am Befreiungsdenkmal vor dem Neuen Landhaus, an der Gedenktafel für Prof. Dr. MAIR im Landhaus, am Denkmal des Gestapolagers Reichenau und an der Gedenkstätte im jüdischen Friedhof in Innsbruck nieder.

Landesverband Niederösterreich – ao. Generalversammlung

Durch das Ableben von zwei Funktionären des Landesverbandes war es notwendig geworden, eine ao. Generalversammlung mit Ergänzungswahlen einzuberufen, die am 20. 4. 1988 stattgefunden hat.

Die Landesleitung setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Landesobmann: Wirkl. Hofrat i. R. Dr. Alois KERMER.

1. Stellvertreter: Bernard STICKLER, Buchbindmeister.

2. Stellvertreter: Univ.-Dozent Wirkl. Hofrat i. R., Dipl.-Ing. Dr. Walter KOS-SARZ.

Beisitzer: Lds.-Schul.-Insp. i. R. Hofrat Dr. Leopold GARTNER, Elisabeth GÖFFRICH, Wirkl. Hofrat i. R. Dr. Ferdinand KRAUSE, Gertrude KROPPF, Angestellte, Obkollr. i. R. Robert POLLAR, Volksbibliothekar.

Landeskontrolle: Wirkl. Hofrat i. R. Mag. Felix KOS, Maria LAGER.



Am 13. auf die 13 zu setzen, war schon eine verrückte Idee

Die Roulettekugel rollt (2) – und ich hatte Glück. Nach einem kurzen Blick auf Baccarat lief auch bei Black Jack das Spiel für mich. Und da man Glückstage liest, lud ich an der Bar (3) zu einem Gläschen Sekt. Ob ich es später noch einmal bei den Spielautomaten versuche (1)? 4 Jokes im Wert von 5.000,-. Wir wünschen viel Glück und gute Unterhaltung.

CASINOS AUSTRIA

Ein Abend voller Charme und Chancens

Baden • Salzburg • Graz • Innsbruck
Klosterneuburg • Linz • Salzburg • Wien • Wien

Schieds- und Ehrengericht:

Obmann: winkl. Hofrat i. R. Martin SCHÖBEL.

Beisitzer: Anna BAUMGARTNER, Hausfrau, Heiga BRUNNER, Geschäftsfrau.

Landesverband Burgenland

In der am 27. 4. 1988 stattgefundenen Hauptversammlung des Landesverbandes Burgenland wurde folgender Landesvorstand gewählt:

Landesobmann: OSR VS-Dir. i. R. Anton GSTETTNER.

1. Lds.-Obmann-Stv.: Frau Rosalia SZALAY.

2. Lds.-Obmann-Stv.: Dr. Rudolf KROYER.

Schriftführer: OSR VS-Dir. i. R. Julius TIHANYI.

Schriftführer-Stv.: Frau Helene BÖSWIRTH.

Kassier: Fachoberinsp. i. R. Hans KORPITSCH.

Kassier-Stv.: Baumeister Ing. Franz KAUFMANN.

Beiräte: Martin EISNER, Ob. Offz. i. R. Franz LIEBENTREIT, OSR HS-Dir. i. R. Anton SATTLER.

Kassenprüfer: Reg.-Rat Hans PALITSCH, Frau Pia KITTELMANN.

Obmann Toni Sattler tritt nach zwölfjähriger erfolgreicher Tätigkeit in der ÖVP-Kameradschaft zurück

Die Tagung der Hauptversammlung am 27. April 1988 begann mit einer Eucharistie-Feier in der Franziskaner-Kirche zu Eisenstadt. In ihr wurde der 15. seit 1985 verstorbene Mitglieder im Gebet gedacht.

Zur diesjährigen Hauptversammlung kamen nicht nur viele Mitglieder unserer Kameradschaft, sondern auch Bundesobmann Dr. Hubert JURASEK mit vier Mitgliedern aus Wien. Obmann Sattler konnte auch Landtagsabgeordneten Dr. Dax, den Minister a. D. Soronics und den Guardian des Franziskaner-Klosters begrüßen. Diesem Kloster stand im Jahre 1940 ODDr. Wilhelm Pieller als Guardian vor. Er wurde am 15. April 1945 in Stein/Dornau mit 400 anderen Gefangenen von der SS niedergemetzelt.

Die 14 Punkte umfassende Tagesordnung leitete noch der Obmann.

In der Neuwahl wurde Oberschulrat i. R. Anton GSTETTNER zum neuen Obmann gewählt.

Der scheidende Obmann Sattler hat mit großer und vorbildlicher Verantwortung, mit voller Hingabe und mit Freude der Kameradschaft in des

Wortes tiefster Bedeutung gedient. In seinen 12 „Dienst“ Jahren konnten 52 Personen als neue Mitglieder gewonnen werden; 39 Rundschreiben verfaßte er, an 29 Sitzungen des Kuratoriums bei der Burgenländischen Landesregierung nahm Sattler teil, 67 Artikel schrieb er im FREIHEITSKÄMPFER. Die 15 Gedächtnisfahrten seien u. a. noch erwähnt. Jahre hindurch war Sattler einer der Stellvertreter des Bundesobmannes.

Krankheitsbedingt und schweren Herzens nahm Kamerad und Obmann Toni Sattler Abschied von einer Tätigkeit, die er mit Herz und Hirn, mit Idealismus und mit großen Opfern an Zeit zwölf Jahre lang ausübte.

Ein Ehrenring der Bundes-Kameradschaft, übersetzt mit Dankesworten durch Bundes-Obmann Dr. Jurasek, sollte den kleinen Dank des Bundes für die großen Leistungen Sattlers zum Ausdruck bringen.

Die Hauptversammlung wählte Toni Sattler unter starkem Applaus zum Ehrenobmann.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen kosteten (und mehr als das) die „Wiener“ und einige Kameraden aus Eisenstadt, unter ihnen Vize-Obmann (Obfrau) Szalay, den Eigenbauwein des Schriftführers Tihanyi in Großhoflein.

Dr. Rudolf Kroyer

Raiffeisen. Die Bank

mit dem persönlichen Service.



1,6 MILLIONEN ÖSTERREICHER

sind Mitglieder
bei Raiffeisenbanken.
Das verbindet!



Landesverband Kärnten

Ferdinand Puanigg zum Gedenken

Unser Ehrenobmann Kriminal-Oberstleutnant i. R. Ferdinand PUGANIGG ist am 1. Februar 1988 im 86. Lebensjahr auf tragische Weise gestorben. Er wurde beim Überqueren einer Fahrbahn in Klagenfurt von einem Auto angefahren und schwer verletzt. Er erlag wenig später im LKH Klagenfurt einem Kreislaufversagen.

Eine große Trauergemeinde begleitete ihn am 8. Februar auf seinem letzten Weg. Den Nachruf für unseren Verband sprach Obmann Primarius Dr. LEXER: PUGANIGG wurde als aufrechter Österreicher im Jahre 1938 von den Nazis in Haft genommen und seines Postens als Kriminalbeamter entoben, anschließend erhielt er Gaurerbot. Nach der Befreiung Österreichs wurde er in Klagenfurt wieder in Dienst gestellt und mit der Leitung der

Kriminalbeamtenabteilung der Polizeidirektion betraut. Als solcher hat er sich große Verdienste um den Wiederaufbau des Vaterlandes erworben. Viele staatliche Auszeichnungen wurden ihm verliehen.

Der Bürgermeister der Stadt Klagenfurt, Leopold GUGGENBERGER, würdigte den Verstorbenen in einem umfassenden Bericht über seine Verdienste für Stadt und Land.

Von beiden Rednern wurde dem verstorbenen Kameraden Dank und Anerkennung für seinen Mut und die Opferbereitschaft in schwerster Zeit ausgesprochen. Auch wir würden unseren Ehrenobmann stets in Erinnerung behalten. Die Landesleitung dankt ihm für seine langjährige gewissenhafte Tätigkeit als Obmann in den Jahren 1969 bis 1980.

Ing. Josef Jantz

Anton Sattler:

Erlebnisse in der NS-Zeit 1938–1945

1933 maturierte ich an der Lehrerbildungsanstalt in Wien-Strebersdorf. Weil ich keine Stelle als Lehrer bekam, blieb ich im Elternhaus in Neusiedl am See und half in der Landwirtschaft und im Geschäft meiner Mutter, einer Witwe mit fünf Kindern. Erst im September 1934 erhielt ich die erste Stelle an der Volksschule in Rauchwart. Ich wurde zugleich Bezirksführer der Österreichischen Sturmverbände, deren Mitglied ich schon als Student war. Nach Auflösung der Wehrverbände wurde ich Bezirksjugendführer des österreichischen Jungvolkes. Ich arbeitete mit Begeisterung in der Jugendbewegung und brachte mit dem Fahrrad die Jungvolkuniformen in alle Orte des Bezirks Güssing.

Am 11. März 1938 fuhr ich nach dem Unterricht mit dem Rad zu Pfarrer Franz Magyar nach St. Michael, der auch für die Filialkirche in Rauchwart zuständig war. Wir erwarteten meinen Namensvetter, den Landesjugendführer Ulrich Sattler, der eine Versammlung zur Vorbereitung der von Schuschnigg für den nächsten Sonntag vorgesehenen Volksabstimmung in Jennersdorf abhielt und auf der Rückfahrt nach Eisenstadt im Pfarrhof St. Michael Station machen wollte. Doch als er kam und uns begeistert erzählen wollte, mußten wir ihm mitteilen, daß Schuschnigg abgedankt hatte. Er ließ sich dann vom Chauffeur nach Großpetersdorf an die Grenze bringen. (Er stellte sich nach kurzem Aufenthalt in Ungarn den Behörden in Eisenstadt, wo er in Haft genommen

wurde.) Pfarrer Magyar lud mich ein, im Pfarrhof zu nächtigen, weil in St. Michael bereits ein SA-Zug auf und abmarschierte. Von den Ereignissen tief erschüttert, saßen wir noch in der Küche, als gegen Mitternacht die Hausglocke ertönte. Pfarrer Magyar öffnete und wurde gefragt, ob Lehrer Sattler im Pfarrhaus wäre. Dann kamen ein Gendarm und zwei SA-Männer herein. Der Gendarm sagte zu mir: „Im Namen des Gesetzes muß ich Sie in Schutzhaft nehmen!“ Mir fiel das Wort „muß“ auf. Ich wurde zum Gendarmenposten abgeführt. Dort saß bereits Bürgermeister Josef Marosits in Gewahrsam. Bald wurde auch Dipl.-Ing. Somogyi, ein Jude, hereingebracht. Wir drei Häftlinge wurden von Gendarmen mit dem Frühaufzug am 12. März nach Güssing eskortiert. Ich kam mit Marosits in eine Zelle des Bezirksgerichts, in der zwei Stockbetten standen. Im Laufe des Tages kamen die Brüder Heuberger aus Güssing, ein Schmiede- und ein Wagnermeister aus Ollersdorf sowie der zuckerkranken Konzipient eines Güssinger Notars zu uns, so daß wir einige Tage sieben Mann in der Zelle waren.

Am Abend des 12. März marschierte ein Fackelzug am Gerichtsgebäude vorbei: wir hörten Marschmusik und das Gebrölle „Sieg heil“. Später erfuhr ich, daß an der Spitze des Fackelzuges die ehemalige Jungvolkgruppe aus Moschendorf mit ihrem Lehrer postiert war; die Gruppe, die ich als Jugendführer betreute, war also schon in der Verbotszeit bei der NSDAP – für mich

ein deprimierender Gedanke!

Nach einigen Tagen bekam ich Besuch von meiner Braut, meiner nachmaligen Frau. Sie erwiderte mit List bei einem illegalen SA-Führer die Besuchsereignisse und brachte mir Wäsche und einen Reserapparat. Bald danach wurde sie aus politischen Gründen als Lehrerin von Rauchwart (Ortsklasse B) nach Rohr (Ortsklasse D) strafversetzt. ...

Noch ein zweiter Besuch bleibt mir in Erinnerung. Meine Mutter kam aus Neusiedl und wurde in Güssing als vermeintliche Frau des nach Ungarn geflüchteten Regierungsrates Ulrich Sattler über Nacht festgehalten. Sie erinnerte sich, daß der ihr bekannte Beamte der Bezirkshauptmannschaft, Herr Bretschneider, von Neusiedl am See nach Güssing versetzt worden war. Dieser identifizierte meine Mutter als Neusiedler Geschäftsfrau, die mich dann besuchen durfte.

Nach zweiwöchiger Haft wurde ich ohne Verhandlung entlassen. In Rauchwart war inzwischen mein Zimmer durchsucht worden, viele Bücher und die Schreibmaschine wurden beschlagnahmt. Ich wollte wieder den Schuldienst aufnehmen und fragte deshalb durch die Tochter der Hausfrau beim Ortsleiter der NSDAP an. Dieser schickte mir einen Zettel mit dem „deutschen“ Text: „Ich bin für weiteres, daß Sie hier sind dagegen!“ Daraufhin packte ich meine Sachen und fuhr mit dem nächsten Autobus über Eisenstadt nach Neusiedl, wo mich meine Mutter mit den Worten empfing: „Für dich haben wir immer ein Brot...“ Bald erhielt ich über die Schuleitung Rauchwart das Dekret Zahl IV A – 580/13 – 38 vom 19. 3. 1938 betreffend meine Dienstenthebung als Lehrer durch die Burgenländische Landeshaupmannschaft. Später wurde ich mit halber Abfertigung in den Ruhestand versetzt (Reichsstatthalter Wien Az. STK/1 – S – 23116 vom 22. 3. 1939).

Ich arbeitete im mütterlichen Betrieb, bis mich der Ortsbauernführer 1939 zur Bezirksabgabestelle für Obst und Gemüse (BAST) brachte. Über meine Vermittlung kamen auch zwei weitere aus politischen Gründen Entlassene zur BAST (Lehrer Nikolaus Titz und der Gemeindegastgeber Anton Spath). Nun wieder im Verdienst stehend, wollte ich Mitte Jänner 1940 heiraten. Doch noch vor Ablauf des Aufgebots bekam ich die Einberufung zur Wehrmacht. Meine Vorsprachen beim Wehrmeldeamt Bruck und beim Wehrbezirkskommando Baden wegen Aufschub nutzten nichts. Man sagte, ich soll froh sein, daß ich als „schwarzes Schaf“ schon für würdig befunden wurde, einrücken zu dürfen. ...

Erst nach der Grundausbildung konnte ich am 23. März 1940 – Karsamstag nach der Auferstehung – in Wien kirchlich heiraten, am Nachmittag war die standesamtliche Trauung.

Und nach der Rekrutenzeit gelang es mir, Rechnungsführer zu werden; ich wollte als Gemaßregelter nicht für Hitler sterben... So überstand ich den Krieg ohne Fronteinsatz.

Als Rechnungsführer erhielt ich ein eigenes Zimmer, in welchem ich mich auf fallweise ärztliche Untersuchungen gezielt vorbereiten konnte und in welchem ich mit einigen Gleichgesinnten – so oft es nur möglich war – den „Feindender“ abhörte. Für politische Mitteilungen vereinbarte ich mit mei-

ner Frau eine Geheimschrift mit dem Schlüssel „male f. sohu“ (alle mal waren a, alle I waren e usw. und umgekehrt).

Landesverband Burgenland Leithaprodersdorf: Frau Theresia Radatz gestorben

Am 9. April 1988 ist Frau Theresia Radatz im 84. Lebensjahr gestorben. Sie war die Witwe des Tischlermeisters Heinrich Radatz, der zusammen mit drei Freunden vom NS-Regime wegen „Wehrkraftzersetzung“ am 16. Dezember 1944 über Wien ins KZ Mauthausen eingeliefert wurde. Er

starb an Erschöpfung im Lagerlazarett am 8. Mai 1945, wenige Tage nach der Befreiung der KZ-Insassen. Die Witwe mußte den Betrieb allein weiterführen und die drei Söhne großziehen. Mit Frau Radatz verliert die Kameradschaft der politisch Verfolgten ein treues Mitglied, Inhabern einer Amtsbezeichnung.

Um diese tapfere, vorbildliche Frau und Mutter trauern die Familien der Söhne. Auch die Ortsbewohner brachten beim Begräbnis am 14. April ihre Verbundenheit mit der Familie Radatz und ihre Hochachtung für die verstorbene Mutter zum Ausdruck. Gott belohne seine vielgeprüfte Dienerin mit dem ewigen Frieden!

Anna Maria Dollenz

Geschädigt und verfolgt

Mein Mann, Wirklicher Hofrat Dr. iur. Simon DOLLENZ, geboren am 27. Oktober 1888, gestorben am 28. August 1968, erhielt posthum das Befreiungs-Ehrenzeichen verliehen. Er war Mitglied der ÖCV-Verbindungen Nibelungia und Rudolfinia sowie Inhaber des Bundes der Ferdinand-Prag, ferner Mitbegründer der MKV-Verbindung Karantania (1906) und Mitglied der MKV Sponheim.

Mein Mann wurde in Guttaring/Kärnten geboren, besuchte dort die Volksschule und absolvierte bis 1910 das humanistische Gymnasium in St. Paul/Kärnten. Die juristischen Studien machte er von 1910 bis 1914 an der Universität Wien, in Prag wurde er zum Doktor der Rechte promoviert. Nach dem Kriegsdienst war mein Mann Rechtspraktikant sowie Notariatskandidat und trat am 15. Oktober 1920 in den österreichischen Finanzdienst ein.

Am 12. Februar 1925 übernahm er die Leitung der Bezirkssteuerbehörde in Perg/Oö., die er bis zu seiner Versetzung nach Wien am 27. August 1927 innehatte. In Perg – einer Hochburg der Großdeutschen – wurde mein Mann verfolgt und provoziert, es kam auch zu einem Prozeß – alles, um ihn aus Perg wegzukeln. Der Prozeß fand im Frühjahr 1926 in Perg statt. Die Meldungen über diese Ereignisse gingen durch die österreichischen Zeitungen. Mein Mann hatte Exemplare der entsprechenden Nummern dieser Blätter in seiner Wohnung, leider nahm die Gestapo bei der Hausdurchsuchung im Jahre 1939 alle Unterlagen mit, so zum Beispiel die „Reichspost“.

In der Steueradministration Wien 9/19 wurde mein Mann später Abteilungsleiter und im August 1934 als Abteilungs-

leiter zur Steueradministration Wien 3/II versetzt.

Dort wurde er am 13. März 1936 vom Dienst entbunden und laut Verfügung des damaligen Reichsstatthalters in Wien vom 12. Jänner 1939 gemäß § 6 der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenwesens vom 31. Mai 1938, RGBl. I, Seite 607, Aktenzeichen SIK/II-38197, mit Ende Jänner 1939 in den Ruhestand versetzt. Da ihm die Steuerheftfertigkeit vom zuständigen Wohnsitzfinanzamt in jedem Kalenderjahr verboten wurde, war er gezwungen, in verschiedenen Steuerberatungskanzleien als Mitarbeiter tätig zu sein.

Am 29. September 1939 wurde mein Mann von der Gestapo verhaftet und verließ im Polizeigefangenenhaus in Wien 9, Roßauer Lände 7–9, bis zum 15. Dezember 1939 in Schutzhaft. Im August 1940 wurde er beim Landes- als Sondergericht in Wien wegen § 2 Abs. 1 des Heimtückegesetzes angeklagt. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er durch die Weitergabe eines österreichischen Gedichtes Partei und Staat beleidigt hätte.

Die durchgeführte Verhandlung hat auf

Grund eines umfangreichen Beweisverfahrens ergeben, daß die Weiterverbreitung des sogenannten Spottgedichtes zu einem Zeitpunkt erfolgt war (erste Hälfte Jänner 1939), wo das Heimtückegesetz in Österreich noch nicht eingeführt war. Demnach wurde er vom Sondergericht freigesprochen, bekam jedoch für die über ihm in schuldloser Weise verhängte Schutzhaft u.ä. keinerlei Schadensvergütung. Das mir gehörende Haus in Neuhofen an der Krems/Oö. wurde für Sudetendeutscher Rückwanderer beschlagnahmt und meine ganze Familie binnen drei Tagen aus dem eigenen Haus delogiert. Von den Machthabern der NSDAP-Ortsgruppe Buchenfeld in Wien 8 wurde mein Mann wegen seiner österreichischen Gesinnung dauernd angefeindet und mit allen Schikanen belästigt.

Ich wurde trotz zweier schulpflichtiger Kinder dienstverpflichtet. Nach der Befreiung Österreichs war mein Mann zunächst Leiter des Finanzamtes Fünfhaus (seit 22. Mai 1945) und später bis zu seiner Pensionierung in der Generaldirektion der österreichischen Salinen tätig.

Gegenwartsbewältigung

Anläßlich der Gedenkmatinee in der Wiener Staatsoper sagte Kardinal Dr. F. König im März d. J. u. a., man könne die Vergangenheit nicht bewilligen, man müsse sie bedenken und betrauern. Dr. M. Purtscher, UH von Vorarlberg, erklärte anläßlich des Gedenkens an den Einmarsch deutscher Truppen in Österreich vor 50 Jahren, es gelte, auf dem Boden der Gemeinsamkeit aus der Vergangenheitsbe-

wältigung zur Zukunftsbewältigung zu kommen. Dr. K. H. Ritschl führte in seinem Leitartikel der „Salzburger Nachrichten“ vom 12. 3. d. J. u. a. aus, daß wir die Zukunft gewinnen werden, wenn es gelingt, Wahrhaftigkeit, Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit nicht nur in Reden zu strapazieren, sondern als Eckpfeiler unseres Staates wiederzugewinnen. Auf der Anschlagstafel der Domkirche

in Feldkirch (Vorarlberg) war gegen Ende des vergangenen Jahres groß gedruckt zu lesen: „1988 – Jahr des Kindermordes, 120.000 Abtreibungen – 85.000 Geburten.“ Ob nun diese Zahlen genau stimmen oder nicht, es ist dies immer eine erschreckende Bilanz; dies insbesondere auch deshalb, weil wir nun in Österreich im 14. Jahr der sogenannten Fristenlösung leben und in den vergangenen Tagen des Gedenkens und Bedenkens keiner der führenden Männer unseres Staates auch zu diesem so wichtigen Thema gesprochen hat. In den Jahren der NS-Herrschaft konnte man sicher nicht von Rechtsstaatlichkeit sprechen, da das NS-Recht in wesentlichen Bereichen mit dem Naturrecht unvereinbar und daher Unrecht war. Dazu muß man allerdings festhalten, daß die Abtreibung in jenen Jahren ein schöpfungspflichtiges Verbrechen geblieben ist; die Leibesfrucht, wie damals der im Mutterleib heranwachsende Mensch im Strafrecht genannt wurde, war also ein zu schützendes Rechtssubjekt. Wenn nun seit mehr als 13 Jahren in unserem als Rechtsstaat eingestuftem Lande diese Leibesfrucht in den ersten drei Monaten der Entwicklung kein Mensch bzw. kein zu schützendes Rechtssubjekt mehr ist, müssen wir auch dies bedenken und betrauern sowie uns dafür einsetzen, daß wir die volle Rechtsstaatlichkeit als Eckpfeiler unseres Staates wieder gewinnen.

Dr. J. Keckels, Frastanz

DÖW-Buchpräsentation

„Anschluß 1938“

Am 18. Mai 1988, im Alten Rathaus/Barocksaal, Wien 1, Wipplingerstraße 6–8, fand die Präsentation der neuen Publikation des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) mit dem Titel „Anschluß 1938“ statt. Die Begrüßung der Gäste erfolgte durch Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BOCK, ausführliche Worte zum Anlaß sprach dann Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER, und die Vorstellung der Publikation erfolgte durch den Mitautor Dr. Winfried R. GARSCHA.

Dieses Handbuch stellt den Versuch dar, mit der meist auszugewiesenen Publikation von etwa 700 Dokumenten die reichhaltigen Bestände vieler Archive über die Annexion Österreichs in einer repräsentativen Auswahl einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Einleitende Beiträge behandeln die Stellung der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen Österreichs zur Anschlussfrage. Die Dokumente selbst decken vor allem den Zeitraum zwischen „Berchtesga-

den“ (der Zusammenkunft zwischen Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938) und der „Volksabstimmung“ am 10. April 1938 ab. Es soll als Nachschlagewerk dienen! Herausgeber: DÖW; Auswahl, Bearbeitung und Zusammenstellung der Dokumente: Dr. Heinz ARNBERGER, Dr. Winfried R. GARSCHA und Dr. Christa MITTERPUTZNER; 685 Seiten Text; Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988; Sonderpreis über das DÖW S 350,- für die Leihenausgabe bzw. S 290,- für die kartierte Ausgabe.

Buchbesprechung

Elfriede Schmidt: „1938... und was dann? Fragen und Reaktionen.“ Thaur/Trost Österreichischer Kulturverlag, 1988, 307 Seiten, Abb., brosch. S 200,-.

Ich habe noch keinen Jahrestag so schmerzlich empfunden als das fünfzigjährige Gedenken über das, was 1938 über uns hereingebrochen ist, und selten hat mich ein Buch so aufgewühlt, wie das vorliegende. Dr. phil. Elfriede Schmidt aus Graz interviewte dreund-sezig Personen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Religionsgemeinschaften und aus dem Alltag. Prominente und einfache Menschen über 1938, die Jahre danach und über die Situation von heute. Sie betrafen überlebende jüdische Ärzte, Rechtsanwältinnen, Angestellte und Beamte, die aus ihren Praxen, Büros, Stellungen und Wohnungen „entfernt“ wurden, sowie Nachkommen der Opfer. Sie befragte „Arier“, die schon vor 1938 erkannten, was durch Hitler und seine „Bewegung“ auf sie zukam. Man liest über die „Reichskristallnacht“, die „Anisierungen“, über das „Verlassen des Reichsgebietes“ und über die „Endlösung“, wie es sich so harmlos im Polit-Jargon des NS-Regimes anhört, und die in Wirklichkeit Zerstörungen, Brandschätzungen, Plünderungen, Vertreibungen und der Holocaust waren.

Aus der Fülle der Interviews seien nur zwei Fälle herausgehoben, die nachdenklich stimmen müssen: Herbert Kufner, als dreißigjähriger mit seinem Eltern 1938 in die Emigration gegangen, Lyriker und Übersetzer österreichischer Literatur ins Englische, wieder in Österreich lebend, aber bisher noch von keinem einzigen österreichischen Verlag ediert, eine Vortragstournee in den USA über österreichische Literatur unternehmend, wird nun vom österreichischen Kulturinstitut kein Groschen an Reisekosten vergütet, „weil er die Veranstaltungen selbst initiiert hätte!“ Andere sagen ihm, daß er ja gar kein Österreicher sei!

Nachdenklich stimmt auch der Bericht von Ernst Florian Winter, ehem. Direktor der diplomatischen Akademie, über seinen Vater Ernst Karl Winter, Vizebürgermeister der Stadt Wien und von Februar 1934 bis Oktober 1938 (siehe FREIHEITSKÄMPFER Dezember 1986). Auf der Flucht vor den Nazis machte Ernst Karl Winter eine Gebets- und Abschiedswallfahrt zu den Gräbern und Andachtsstätten österreichischer Heiliger in Mekl, Lorch, Salzburg u. a. O. bei Feldkirch. Man muß nicht fromm sein, um davon nicht ergriffen zu werden!

Empfohlen wurde dieses Buch auf der Rückfahrt des 50jährigen Gedenkens des ersten

Österreichstransportes nach Dachau von unserem Kameraden OUGR J. R. Dr. Josef Keckels, Landesobmann der ÖVP-Kameradschaft von Vorarlberg. Auch von ihm ist ein wesentlicher Beitrag enthalten. Der Autorin, den Opfern und Interviewten und dem Verlag ist sehr zu danken.

Robert R. Pollak

Juli-Gedenken

Der Landesverband Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gedenkt des Todestages von Bundeskanzler Dr. Engelbert DOLLFUSS durch eine Kranzniederlegung am Grab des Verewigten am Hietzinger Friedhof am Samstag, dem 23. Juli 1988, 10 Uhr.

Anschließend werden auch die Gräber der Freiheitskämpfer Major BIEDERMAN, Hauptmann HUTI und Oberleutnant RASCHKE besucht.

Treffpunkt der Teilnehmer: 9.45 Uhr Hietzinger Friedhof, Eingang Maxingstraße 15.

Am Sonntag, dem 24. Juli 1988, wird um 9 Uhr in der Votivkirche für Dr. Engelbert DOLLFUSS eine Gedenkmesse zelebriert.

Um zahlreiche Teilnahme wird gebeten.

Landesverband Wien

Kam. Pia Gärtner – 100. Geburtstag

Unsere älteste Kameradin Pia GÄRTNER feierte am 29. Mai 1988 ihren 100. Geburtstag, zu dem sich auch der Landesverband Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten mit einer Delegation zur Gratulation einstellte. Die Kameradin war aktive Freiheitskämpferin der Gruppe KASTELIC schon im frühen Widerstand gegen das NS-Terrorregime. Sie erlitt und überstand ungebeugt die politische Haft vom 9. August 1940 bis zum 5. Februar 1943.

Auf freiem Fuß mußte sie später am 20. Juli 1944 zur Verhandlung bei einem besonderen Senat des Oberlandesgerichts Wien erscheinen und wurde verurteilt. Die Strafe war durch die lange Verhaftung bereits verbüßt.

Zu ihren Kameradinnen und Kameraden aus der illegalen „Großösterreichischen Freiheitsbewegung“ – Gruppe Dr. KASTELIC und deren Hinterbliebenen hatte sie bis heute regen Kontakt und gehörte auch dem „Annrather Kreis“ an.

Ihren Lebensabend verbringt sie jetzt noch sehr rüstig im Haus der Barmherzigkeit in Wien 18, Vinzenzgasse 2–6. Wir wollen auch weiterhin und noch sehr lange mit der Kameradin Pia GÄRTNER verbunden bleiben!

„Österr. Monatshefte“

Okkupation, nicht Annexion Österreichs

Seyß-Inquart hatte am Sonntag, dem 13. März 1938, nachmittags sein Kabinett in das Bundeskanzleramt zu einer Sitzung geladen; es waren aber nicht alle, sondern nur einige wenige Mitglieder der Regierung gekommen; ihnen teilte er stehend mit, daß Bundespräsident Wilhelm Miklas ihm auch die Funktion des Staatsoberhauptes übertragen habe und er sogleich über deutschen Wunsch den Text eines sogenannten „Wiedervereinigungsgesetzes“ veröffentlichen müsse.

Der Text dieses Papiers wurde weder verlesen noch nach damaligem Rechtserfordernis einer Abstimmung unterzogen; es wurde nicht einmal eine Anwesenheitsliste aufgenommen, sondern erst mehr als einen Monat später hat Ministerialrat Dr. Troll, der damals für den Ministerratsdienst

zuständig war und dies später 1949 im Volksgerichtspräsidenten gegen den Landwirtschaftsminister Ing. Reinthaller aussagte, ein Protokoll aus dem Gedächtnis konstruiert.

Es war daher – wie bereits Prof. Dr. Adolf Merk festgestellt hat – ein rechtlich irrelevantes, weil bloßer Entwurf gebliebenes Scheingesetz; es ist damit von Anfang an null und nichtig gewesen und geblieben. Es handelte sich daher im März 1938 um eine Besetzung, also nicht um eine Annexion, sondern eine Okkupation Österreichs. Schon vor der fehlerhaften Beschlussfassung dieses Scheingesetzes am 13. März 1938 und seiner Kundmachung hatten die deutschen Truppen am 12. März 1938 um 5.30 Uhr die österreichischen Grenzen überschritten, und Heinrich Himmler war per Flug

in Wien eingetroffen. Die Gestapo hatte in ganz Österreich ihre Verhaftungen und Verfolgungen begonnen.

Die Opfer dieser Besetzung Österreichs und in der Folge auch des Zweiten Weltkrieges waren für unsere Heimat ungeheuerlich groß:

- 65.459 wahllose österreichische Juden, darunter Greise, Frauen und Kinder, wurden ermordet.
- 16.493 Österreicher starben in Konzentrationslagern und
- 16.107 Österreicher kamen in der Gestapo-Haft um.
- An die 100.000 Österreicher waren bis zu sieben Jahre in Kerkern oder Konzentrationslagern.
- Mindestens 2700 Österreicher wurden als Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und hingerichtet, an die 24.300 österreichische Zivilisten sind bei Luftangriffen oder Kriegshandlungen ums Leben gekommen.
- Nahezu 247.000 Österreicher, welche zur Wehrmacht eingezogen worden waren, kehrten nicht zurück.

Univ.-Prof. Dr. Herbert
SCHAMBECK, Rede-Auszug

WIR SICHERN DEN ARBEITNEHMERN

ein Mitspracherecht in
allen ihren Belangen

HELFFEN UND BERATEN IN FRAGEN

der Arbeitnehmer
der Sozialversicherung
des Konsumentenschutzes

WAHREN IHRE RECHTE GEGENÜBER

dem Arbeitgeber
der Sozialversicherung
in Konsumentenfragen

BIETEN

Bildungsmöglichkeiten für alle



**Kammer für Arbeiter
und Angestellte für Vorarlberg**

ÖSTERREICH DOKUMENTATIONEN.
Herausgegeben vom Bundespressedienst, Wien 1968

Maßnahmen der Republik Österreich zugunsten bestimmter politisch, religiös oder abstammungsmäßig Verfolgter seit 1945

(Auszugsweise Wiedergabe gestattet)

Vorbemerkung

Österreich wurde durch den Einmarsch schwerbewaffneter deutscher Truppen am 12. März 1938 das erste Opfer der Hitler-Aggression und seiner völkerrechtlichen und innerstaatlichen Handlungsfähigkeit beraubt. Die von der damaligen österreichischen Regierung für den 13. März 1938 geplante Volksbefragung hätte ein klares Votum für die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit gebracht. Dies wissend, gab Hitler den Befehl zur Unterwerfung Österreichs mit militärischer Gewalt. Diese völkerrechtswidrige Okkupation erfolgte nicht nur unter eklatanter Verletzung des allgemeinen Völkerrechts, sondern auch zahlreicher internationaler Abkommen und offizieller früherer Staatenklärungen. Daran änderte auch nichts das unter dem Druck des NS-Regimes beschlossene verfassungswidrige „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“.

Nicht von ungefähr, sondern in klarer Anerkennung der historischen Fakten waren daher gemäß Moskauer Erklärung vom 1. November 1943 „die Regierung des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika darin einer Meinung, daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll“, und sie betrachteten „die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig“. Dem widerspricht nicht, daß die Alliierten in dieser Erklärung Österreich auch an seine eigene Verantwortung und an seinen eigenen Beitrag zur Befreiung erinnert haben.

Die Moskauer Erklärung der Außenminister (Eden, Molotov, Hull) hat den unverkürzbaren Grundstein für die Wiedererrichtung eines selbständigen Österreich gelegt, und die Präambel im österreichischen Staatsvertrag umfaßt den ausdrücklichen Hinweis „Im

Hinblick darauf, daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Österreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich einverleibte ...“ Der Nürnberger Militärgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 1. Oktober 1946 die gewaltsame Natur des Anschlusses auf der Grundlage historischer Fakten neuerlich außer Zweifel gestellt.

Die Verbündeten Hitler-Deutschlands – Italien, Ungarn, Finnland, Rumänien und Bulgarien – erhielten 1947 Friedensverträge; mit Österreich als dem ersten Opfer der Angriffspolitik Hitlers wurde ausdrücklich kein Friedensvertrag, sondern der Staatsvertrag abgeschlossen. Es ist in diesem Zusammenhang auch als signifikant anzusehen, daß bei den Staatsvertragsverhandlungen im Mai 1955 alle vier alliierten Signatarmächte einer Streichung der sogenannten österreichischen „Mitverantwortungsklausel“ zustimmten. Dies ist der Grund, warum Österreich grundsätzlich zu einer Wiedergutmachung von Unrechtshandlungen gegenüber politisch, religiös oder abstammungsmäßig Verfolgten des NS-Regimes nicht verpflichtet sein kann, weil nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts ein Unrecht von dem gutzumachen ist, der es veranlaßt hat. Österreich ist auch keineswegs Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches. Österreich hat aber in Berücksichtigung des schweren Unrechts und Leides, das den Verfolgten des Nationalsozialismus angetan worden war, es als eine moralische Verpflichtung angesehen, über eine Rückstellung von den durch die NS-Machthaber entzogenen Vermögenswerten hinaus auch finanzielle Leistungen auf sich zu nehmen und andere gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um das Schicksal der ehemals Verfolgten zu mildern.

Die nachfolgende Dokumentation soll zeigen, daß die Republik Österreich seit 1945 zahlreiche Gesetze und Maßnahmen zugunsten von politisch, religiös und abstammungsmäßig Verfolgten beschlossen und durchge-

führt hat. Ein Gesamtbetrag für den Zeitraum von über 40 Jahren kann jedoch wegen der Vielzahl der Gesetze in diesem Bereich und auf Grund der schwankenden Kaufkraft nicht errechnet werden. Auch sind die an Sachleistungen erbrachten und durch die Rückstellungsgesetzgebung erfolgten Aufwendungen nicht quantifizierbar. Es erscheint daher senüßer, im folgenden bei den einzelnen Gesetzen tatsächlich zur Auszahlung gebrachte Summen anzuführen.

(In der Folge sind angeführt: Hilfsmaßnahmen, Entschädigungs- und Wiedergutmachungsgesetze. Weitere Leistungen wie Rückstellungsgesetzgebung, Opferfürsorgegesetz, Kunst- und Kulturbereinigungsgesetz, Andere Begünstigungen für Verfolgte und Sozialversicherungsrechtliche Begünstigungen.)

Zusammenfassung

Alles in allem ergibt sich, daß die Entschädigungsmaßnahmen der Republik Österreich zur Milderung der eingetretenen materiellen Verluste von rassistisch Verfolgten unter Berücksichtigung der zahlreichen Verpflichtungen Österreichs aus dem Staatsvertrag, der Milderung der sich aus dem Krieg und der Nachkriegszeit ergebenden Schädigungen und unter Bedachtnahme auf die Nichtverantwortlichkeit für alle derartigen Schäden keineswegs als gering zu bezeichnen sind. Die Entschädigungsleistungen für die politisch Verfolgten, von denen der überwiegende Teil den rassistisch Verfolgten zuzurechnen ist, sind jedenfalls bedeutend größer als jene, die anderen durch Kriege- und Nachkriegsereignisse geschädigten Personen zuteil wurden.

Die Gesetze zur Rückstellung entzogener Vermögen wurden geschaffen, es wurden und werden Haftentschädigungen und Opferrenten bezahlt. Die Höhe der Haftentschädigungen wurde bereits zweimal aufgestockt, die Opferrenten erfahren jährlich eine Erhöhung (nur an österreichische Staatsbürger).

Die Höhe des auf jüdische Mitbürger entfallenden Anteiles der Entschädigungen ist beim Bundesministerium für Finanzen und anderen Dienststellen im einzelnen nicht spezifiziert, es kann aber angenommen werden, daß – mit Ausnahme der Antragsteller der Sammelstelle „B“ und eines Teiles der

(Fortsetzung auf Seite 16)

(Fortsetzung von Seite 15)

Anmelder nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädigungsgesetz – der überwiegende Teil der Antragsteller der israelitischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

Anmerkung der Redaktion:

Nach dem „Auflangorganisationsgesetz“ von 1957 wurden die Sammelstellen „A“ und „B“ errichtet. Der Sammelstelle „A“ wurden alle Ansprüche aus Vermögenswerten, gesetzlichen Rechten und Interessen im Sinne des Artikels 26 des Staatsvertrages 1955 übertragen, die Personen zustanden, die am 31. Dezember 1937 der israelitischen Religionsgemeinschaft angehört hatten.

Den beiden Sammelstellen standen zur Aufteilung S 320.146.918,19 dann zur Verfügung. Die Verwendung der Mittel erfolgte, daß in Österreich lebende Antragsteller Zuwendungen erhalten konnten, sofern sie aus politischen und religiösen Gründen oder wegen ihrer Abstammung Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Bei der Sammelstelle „A“ langten 7458 Anträge ein, bei der Sammelstelle „B“ 12.012 Anträge. Die Mindestzahlung betrug pro Fall S 2000,-, die Höchstzahlung S 22.800,-.

Die Sammelstelle „A“ stellte für die Erbauung des Altersheimes der Israelitischen Kultusgemeinde Wien S 23.000.000,-, für die Erbauung eines Altersheimes in Tel Aviv und den Anbau eines Flügels an ein bestehendes Altersheim in Jerusalem S 19.000.000,-, für den Erwerb von Betten in New York S 500.000,- zur Verfügung. Die Israelitischen Kultusgemeinden Innsbruck, Salzburg, Linz und Graz erhielten zusammen S 4.020.000,-. Nach Verteilung der Gesamtmittel wurden die beiden Sammelstellen 1972 aufgelöst.

-JW-

Jubilare:

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“.

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst!

Landesverband Wien:

- 65 Jahre: Dr. Edith Aschböck (16. 6.)
- 70 Jahre: Komm.-Rat Hans Heinz Apenzeller (25. 4.)
- 75 Jahre: Kr. Rev.-Insp. Franz Gansky (30. 6.)
- Anton Klasz (28. 6.)
- 80 Jahre: Gabriel Vlasak (27. 6.)
- 85 Jahre: Sekl.-Chef i. R. Dr. Eduard Fischer-Csömör (30. 5.)
- 100 Jahre: Pia Gärtner (29. 5.)

Landesverband Burgenland:

- 60 Jahre: Anna Grill (15. 6.)
- 65 Jahre: Helene Bleier (23. 5.)

Landesverband Kärnten:

- übermittelt nachstehenden Mitgliedern herzliche Glückwünsche zum Geburtstag:
- 70 Jahre: Sofie Sereing (17. 5.), Anton Gindl (5. 6.)
- 75 Jahre: GGI i. R. Rudolf Miglar (14. 8.)
- 80 Jahre: WAR i. R. Erich Goldarbeiter (18. 12.), Emil Teltan (8. 8.), Karl Roßbacher (4. 10.)
- 85 Jahre: Magdalena Fikar (22. 7.), Anna Guggenberger (13. 12.)

Landesverband Niederösterreich:

- 55 Jahre: Maria Lager (11. 7.)
- 65 Jahre: Rektor HR i. R. Anton Brunner (29. 5.)
- 70 Jahre: WHR i. R. Dr. Walter Resch (14. 7.)
- 80 Jahre: Direktor i. R. Anna Käfer (25. 5.)
- 85 Jahre: Anna Kronberger (25. 7.)
- 90 Jahre: LSI i. R. HR Mag. Hermann Käfer (16. 8.)

UNSERE TOTEN

Landesverband Burgenland:

Am 9. 4. 1988 verstarb Frau Theresia RADATZ aus Leithaprodersdorf im 84. Lebensjahr.
Am 13. 2. 1988 verstarb in Wien das Mitglied des Landesverbandes Burgenland, Frau Maria DECSAY, im Alter von 83 Jahren.

Landesverband Kärnten:

Der Ehrenobmann des Landesverbandes Kärnten, Kam. Obertl. Ferdinand PUGANIGG (86), verstarb am 1. 2. 1988 in Klagenfurt an den Folgen eines tragischen Unfalls.

Landesverband Oberösterreich:

Am 14. 3. 1988, an dem Tag, an dem vor 50 Jahren ihr Mann sein Leben für Österreich hingeben mußte, verstarb Frau Annemarie SCHMIRL aus Linz im 86. Lebensjahr.

Landesverband Wien:

Das langjährige, treue Mitglied, unsere unvergessliche Kameradin Frau Anna HANIKA, starb am 14. 3. 1988 im 85. Lebensjahr.
Am 5. 2. 1988 verstarb Kam. Alexander MAURER im 73. Lebensjahr.
Am 23. 2. 1988 verstarb Kam. Hofrat Dr. Otto STICKLER im 66. Lebensjahr.

R. I. P.

Kachelofen aus dem Sekretariat des Landesverbandes Wien 8, Laudongasse 16, wird gratis abgegeben. Höhe: 1,25 m, Länge: 0,90 m, Breite: 0,47 m; wenig gebraucht! Rückfragen über Tel. 43 11 44 möglich.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Dr. Franz HAUF, Camillo HEGER, Vizepräsident i. R. Dr. Hubert JURASEK, Reg.-Rat Ing. Josef JARITZ, OLG i. R. Dr. Josef KECKEIS, Trude KROPP, Dr. Rudolf KROYER, Robert R. POLLAK, Hermann PRODINGER, OSR Anton SATTLER, Ing. Karl SERSCHEN, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH.

Impressum und Offenlegung

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. **Redaktion:** OFRat i. R. Mag. Dr. Josef WINDISCH. **Verlags- und Erscheinungsort:** Wien. **Sitz des Medieninhabers, des Herausgebers, der Redaktion und der Verwaltung:** Laudongasse 16, 1080 Wien, Tel. 43 11 44. **Hersteller:** Typographische Anstalt Ges. m. b. H., Muthgasse 56, 1190 Wien.